76. Jahrgang. Nr. 298 — Montag, 27. Juni 1932

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Gegründet 1856

Bezugsgebühr: bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 RM. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Verlaub. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 800 Pfg., außerhalb 150 Pfg. abz. Reklamezuschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 25 Pfg., außerhalb 30 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Reisch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Dienstag innerpolitische Notverordnung

Die bayrische Antwort – v. Papens Besprechungen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Juni. Mit der am Sonntagnachmittag erfolgten Rückreise des Reichskanzlers von Berlin nach Genf, ist der 24stündige Kanzlerbesuch abgeschlossen worden, der am Sonnabendnachmittag begann. Alsbald nach seinem Eintreffen am Sonnabendnachmittag begab sich der Reichskanzler zum Reichspräsidenten von Hindenburg, dem er einen ausführlichen Bericht über die bisherigen Lausanner Verhandlungen und die innerpolitische Lage erstattete. Im Anschluß daran fand eine Kabinettssitzung statt, die am Sonnabendnachmittag 5 Uhr begann und bis in die neunte Abendstunde andauerte. Das offizielle Ergebnis dieser Kabinettsberatungen war ein Kommuniqué folgenden Wortlautes:

> **„Der Reichskanzler berichtete in der Kabinettssitzung über die von der deutschen Delegation geführten Verhandlungen. Die bisherige Haltung der Delegation fand die Billigung des Kabinettes. Auch den vom Reichskanzler vorgeschlagenen weiteren Absichten der deutschen Delegation stimmte das Reichskabinett einmütig zu.**
>
> **Im Anschluß hieran berichtete auch der Reichsminister des Innern über seine Verhandlungen mit den Länderregierungen."**

Bei den Mitteilungen des Reichskanzlers über seine weiteren Absichten auf der Lausanner Konferenz handelt es sich um bestimmte Vorschläge, die am Montagnachmittag, kurz nach der Rückkehr von Papens nach Lausanne Gegenstand einer Besprechung zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot sein werden, der ebenfalls am Montag aus Paris nach Lausanne zurückkehrt. Authentisches über diesen Fragenkomplex wird noch nicht mitgeteilt; die Absichten des Reichskanzlers laufen aber vermutlich darauf hinaus, den Franzosen einen gleichsam schriftlich zu vollziehenden und damit auch juristisch einwandfreien Verzicht auf jede weitere Reparationsleistung Deutschlands dadurch zu erleichtern,

daß man irgendeinen großen wirtschaftspolitischen Plan aufzeigt.

Viel wird nun davon abhängen, ob Herriot von seinem Kabinett ermächtigt worden ist, seinerseits den Schlußstrich unter die Reparationen zu machen. In politischen Kreisen wird eine solche Entwicklung nicht für besonders wahrscheinlich gehalten, und es kann sehr wohl sein, daß es noch am Montag, spätestens aber am Dienstag zu einer Vertagung der Lausanner Konferenz besonders mit Rücksicht auf die Haltung der Vereinigten Staaten kommt. Offensichtlich will man es aber nicht zu dieser Vertagung kommen lassen, ehe nicht die deutsch-französischen Besprechungen irgendeinen positiven Niederschlag gefunden haben.

Die innerpolitischen Beratungen des Kabinetts

bezogen sich naturgemäß auf das brennende Problem des Konfliktes zwischen den süddeutschen Ländern und dem Reiche. Dabei wird wohl auch die Antwort Bayerns, die in der Kabinettssitzung des Sonnabends bereits vorlag, eine erhebliche Rolle gespielt haben. Das Schreiben der bayrischen Regierung an den Reichspräsidenten ist im übrigen nicht durch einen besonderen „Legaten" in Berlin überbracht worden, sondern traf am Sonnabendnachmittag durch Luftpost in Berlin ein und wurde sofort dem Reichspräsidenten zugeleitet. Es soll, wie wir hören, mit großer Mäßigung abgefaßt sein im Gegensatz zu verschiedenen Münchner Reden, deren Maßlosigkeit allgemeines Aufsehen erregte. Offensichtlich kennt man in Bayern die Persönlichkeit des Reichspräsidenten zu gut, als daß man nicht wüßte, daß jeder anmaßende oder drohende Tonfall im Reichspräsidentenpalais gerade das Gegenteil des Gewünschten auszulösen pflegt.

Mit Sicherheit wird nun am Dienstag die neue Ergänzungsnotverordnung zum Uniformverbot und zum Demonstrationsverbot erscheinen.

Das Kabinett hat sich bereits grundsätzlich über den Inhalt dieser Notverordnung geeinigt. Vorerst müssen aber noch die Erklärungen der übrigen Länder vorliegen, insbesondere auch eine Erklärung der preußischen geschäftsführenden Regierung, die erst am Montag ihre Beratungen abhält. Inhaltlich dürften indes alle diese Mitteilungen an den neuen Notverordnungsbestimmungen nichts mehr ändern. Die Notverordnung, die der Reichspräsident am Dienstag unterzeichnen dürfte, wird ein einheitliches Reichsrecht für die Aufhebung des Uniformverbotes schaffen. Außerdem wird der Reichsinnenminister auf Grund der letzten Notverordnung Ausführungsbestimmungen zur Frage der Demonstrationsverbote erlassen, wonach auf Grund des § 4 Abs. 2 dieser Verordnung Demonstrationen angemeldet werden müssen und auch die Polizei der Länder das Recht hat, für die Durchführung der Demonstrationen besondere Bestimmungen zu treffen. Es stellt sich also nunmehr heraus,

daß ein unmittelbarer Eingriff des Reiches in die Polizeihoheit der Länder nicht geplant ist.

Die Reichsregierung wünscht nur, daß grundsätzlich die Gleichberechtigung für die nationale Bewegung wieder hergestellt wird, und daß generelle Demonstrationsverbote nicht mehr Platz greifen. Dadurch, daß die letzte Entscheidung in die Hände der Landespolizeibehörden gelegt ist, ist für diese ja noch genügend Spielraum, Gefahren, die sich etwa aus der Zulassung von Demonstrationen ergeben könnten, abzuwenden. Das Reich wird aber darüber wachen, daß aus diesen polizeilichen Befugnissen nicht etwa das Recht zu generellen Verboten hergeleitet wird. Sollte es dazu kommen, dann wird, soweit man hört, das Reich nicht vor Eingriffen in die Polizeihoheit der Länder zurückschrecken.

Am Sonnabend fand im übrigen auch die Besprechung zwischen dem Reichsinnenminister und dem preußischen Innenminister Severing statt.

Verschiedene Versionen, die über den Inhalt dieser Unterredung in Umlauf gesetzt worden sind, haben Severing veranlaßt, eine längere Verlautbarung zu veröffentlichen, die immerhin einige Schlüsse über das zulassen, was den derzeitigen preußischen Innenminister bewegt. In dieser Verlautbarung wendet sich Severing gegen die in einem Teil der nationalsozialistischen Presse aufgestellte Behauptung, daß er das Ansuchen an Herrn v. Gayl gerichtet habe, möglichst rasch einen Reichskommissar einzusetzen oder doch wenigstens die preußische Polizei der Reichsgewalt zu unterstellen, da er sie nicht mehr fest in der Hand habe. Severing meint, daß an diesen Behauptungen kein wahres Wort sei. Die Disziplin im preußischen Polizeioffizierkorps sei nirgends auch nur im geringsten erschüttert. Diese Erklärung Severings schießt allerdings in einigen Punkten weit über das Ziel hinaus. Es ist nicht unbekannt, daß in der letzten Zeit auffällig und hastig Personalveränderungen in führenden Polizeistellen vorgenommen worden sind. Offenbar kam es der die preußische Polizei beherrschenden Sozialdemokratie darauf an, noch in letzter Stunde Männer, die ihr hundertprozentig ergeben sind, auf Posten zu versetzen, wo sie in der Lage sind, noch besonders kräftig im Sinne der preußischen Sozialdemokratie zu wirken. Auf der anderen Seite bemerkt man aber ganz deutlich im preußischen Polizeikörper eine gewisse Unsicherheit. Offensichtlich besteht bei nicht wenigen Polizeibeamten keine allzu große Neigung mehr, angesichts der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands sich noch besonders stark für die derzeitigen preußischen Machthaber einzusetzen.

Vor seiner Abreise hatte der Reichskanzler noch eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, der schon am Freitag mit der deutschen Delegation in Lausanne verhandelt hatte und mit dem Flugzeug am Sonnabendabend in Berlin eingetroffen war. Das in politischen Kreisen umlaufende Gerücht, der Reichskanzler habe an einer neutralen Stelle auch eine Unterredung mit dem Führer der NSDAP., Adolf Hitler, gehabt, wird von der Reichskanzlei dementiert. Außerdem ist auch der deutsche Delegierte bei der Abrüstungskonferenz Botschafter Nadolny in Berlin anwesend gewesen, wo er Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt und dem Reichswehrminister hatte. Botschafter Nadolny ist am Sonntagabend ebenfalls wieder nach Genf abgereist.

Deutschlands nationales Erwachen

Ein Urteil des früheren amerikanischen Botschafters Houghton über Deutschland

Neuyork, 26. Juni. Der frühere Botschafter Houghton, der mit dem Lloyddampfer „Columbus" aus Deutschland hier eintraf, äußerte sich über die deutsche Lage dahin, daß Deutschland zwar schwer, aber nicht hoffnungslos kämpfe, denn in Lausanne finde Deutschland mehr Gehör als auf früheren Konferenzen. Seit den letzten Wahlen machte Deutschland eine Schwenkung von links nach rechts durch, doch glaube er, daß Hitler bereits seine größte Stärke erreicht habe.

Es sei aber ganz unzweifelhaft, daß der Nationalgedanke in Deutschland nach Jahren erzwungener Erniedrigung wieder auflebe; mächtiger vielleicht, als Außenstehende beurteilen könnten.

Houghton bezeichnete die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands als „jammervoll". Wenn es Menschen gibt, erklärte er, die bezweifeln, daß Deutschland keine Reparationen weiterzahlen kann, rate ich ihnen, hinüberzugehen und die Verhältnisse an Ort und Stelle zu prüfen. Ueberall, so fügte er hinzu, fänden sich Beweise, daß Deutschland am Ende seiner Kräfte angelangt sei, jeder vernünftige Mensch müsse wünschen, daß in Lausanne eine befriedigende Verständigung erzielt werde. Sollte Deutschland zur Verzweiflung getrieben werden, so müsse die ganze Welt darunter leiden.

Minister a. D. Scholz gestorben. Reichsminister a. D. Dr. Ernst Scholz, der frühere Führer der Deutschen Volkspartei, ist nach längerer Krankheit in den Abendstunden des Sonntag in Berlin gestorben.

Herriot über Lausanne und Genf

Der französische Ministerrat billigt

Paris, 26. Juni. Die Regierungsmitglieder haben gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik einen mehr als 8½stündigen Ministerrat abgehalten. Ministerpräsident Herriot erstattete ein vollständiges Exposé über den Stand der Lausanner Verhandlungen. Kriegsminister Paul-Boncour berichtete über die Genfer Verhandlungen und seine im Namen Frankreichs vor der Generalkommission der Abrüstungskonferenz zum Vorschlag des Präsidenten Hoover abgegebenen Erklärungen.

Er gab weiter ein Telegramm bekannt, das der amerikanische Staatssekretär Stimson an ihn in dieser Angelegenheit gerichtet hat.

Der Ministerrat sprach der französischen Delegation seine Billigung aus und forderte sie auf, fortzufahren im Rahmen der konkreten, den Gegenstand der Genfer Verhandlungen bildenden Maßnahmen die Lösung jener Probleme zu suchen, die „durch den vom Präsidenten der Vereinigten Staaten hochherzig geäußerten Wunsch gestellt seien".

Nach dem Ministerrat gab

Ministerpräsident Herriot

der Presse folgende Erklärung: „Wir haben unsere Kollegen über die wichtigsten Vorgänge der letzten Tage in Lausanne und Genf unterrichtet. Ueber die „berühmte" Begegnung von Morges will ich nur so viel sagen, daß zwei Wege sich kreuzen.

Den Genfer Verhandlungen hätten, fuhr Herriot fort, bei Eintreffen der französischen Delegation auf der Schneide gestanden, und

ohne Uebertreibung könne man sagen, daß es um Leben oder Tod der Abrüstungskonferenz gegangen sei.

Deshalb habe die französische Delegation sich mit der englischen über die Möglichkeit der Fortsetzung der Arbeiten verständigt. Die Besprechungen von Regierung zu Regierung hätten bezweckt, aus den divergierenden Berichten der Kommissionen die möglichen Verständigungspunkte zu finden. Das sei unter anderem eines der günstigen Ergebnisse des französisch-englischen Einvernehmens. Diese Besprechungen würden von Paul-Boncour fortgeführt, sie hätten bereits Früchte getragen und würden dies auch weiterhin tun.

Bei der Nachricht, daß die amerikanische Regierung der Konferenz ihr Programm unterbreiten wolle, habe er, Herriot, sich über das Schicksal der inzwischen vereinbarten Verfahrungsmethode beunruhigt und dies auch der amerikanischen Delegation zum Ausdruck gebracht. Dennoch sei die Botschaft bekanntgegeben worden. Die französische Regierung schenke allem, was von Hoover komme, größte Beachtung. Bei genauer Prüfung der Botschaft dürfe man vielleicht feststellen, daß gewisse Bestimmungen mit Rücksicht auf Frankreich darin aufgenommen seien, unter anderem die Passage über die Befestigungsanlagen. Vielleicht habe sich bei der Uebermittlung auch ein Fehler hinsichtlich der Zahlen eingeschlichen, denn das Dokument schätze die deutschen Streitkräfte auf 100000 Mann.(!)

Man dürfe nicht vergessen, daß die Abrüstung an sich nicht nur ein staatliches, sondern auch ein dynamisches Problem sei und daß man auch dem Rüstungspotential Rechnung tragen müsse.

Man müsse sich fragen, ob dieses Programm auch die Möglichkeit von Koalitionen (!) berücksichtige. Angenommen, man gebe der Nation A eine Militärstärke in Höhe von so und soviel Mann, der Nation B eine andere und setze für die Nation C noch eine Ziffer fest, habe man dann auch bedacht, daß A und B sich gegen C verbünden könnten? Deshalb sei Frankreich von jeher für eine internationale Organisation und eine internationale Kontrolle gewesen.

Was Lausanne anlange, nähmen die Verhandlungen einen wohlgeordneten Verlauf. (?)

Das, was er die Arbeitsentente zwischen Frankreich und England nennen möchte, habe es erlaubt, die Konfusion zu vermeiden, die zu oft internationale Verhandlungen störe. Ein großer Gedanke beherrsche die Lausanner Konferenz. Eine europäische Regelung ohne eine universelle Regelung sei unmöglich. Diese Ansicht habe die französische Delegation unaufhörlich vertreten und sie scheine jetzt Gemeingut aller Delegationen geworden zu sein. Gegenwärtig verhandelten die Franzosen mit den Deutschen. Die beiden Zusammenkünfte hätten unter sehr befriedigenden Bedingungen stattgefunden. Man müsse, erklärte Herriot zum Schluß, an die Geduld und die Kaltblütigkeit derer appellieren, die die Unterhändler wirklich unterstützen wollten.

SLUB
Wir führen Wissen.